

Niederschrift
40. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 10.12.2015
Sitzungsbeginn:	19:36 Uhr
Sitzungsende:	21:43 Uhr
Ort, Raum:	Stadtallendorf, Bahnhofstraße 2, Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung

Gesetzl. Mitgliederzahl: 37

davon stimmberechtigt anwesend: 35 (16 CDU, 11 SPD, 4 B90/DIE GRÜNEN,
1 FDP, 2 REP)

Stadtverordnetenvorsteherin:
Frau Ilona Schaub

Stadtverordnete/r:
Herr Markus Becker
Herr Jürgen Behler
Herr Jürgen Berkei
Herr Michael Dickhaut
Herr Frank Drescher
Herr Thomas Dziuba
Herr Dieter Erber
Herr Michael Feldpausch
Herr Fabian Gies
Herr Michael Goetz
Frau Andrea Grigat-Thierau
Frau Dr. Uta Gruß
Herr Mehmet Sinan Güclüer
Herr Werner Hesse
Frau Annemarie Hühn
Herr Reinhard Kauk
Herr Winand Koch
Herr Levent Kurt
Herr Hans-Georg Lang
Herr Jörg Linker
Frau Maria März
Herr Jochen Metz
Frau Carla Mönninger-Botthof
Herr Prof. Dr. Thomas Noetzel
Frau Handan Özgüven
Herr Reinhard Paul
Frau Ulrike Quirnbach

Herr Stefan Rhein
Herr Nils Runge
Herr Klaus Ryborsch
Herr Wolfgang Salzer
Herr Matthias Schneider
Herr Manfred Thierau
Herr Bernd Waldheim

Magistrat:

Herr Christian Somogyi
Herr Ludwig Bachhuber
Herr Hans-Jürgen Back
Herr Otmar Bonacker
Herr Robert Botthof
Herr Helmut Hahn
Herr Bernt Klapper
Herr Gerhard Kroll
Frau Olga Schmitt

Ortsvorsteher:

Herr Adolf Fleischhauer
Herr Hartmuth Koch
Herr Armin Naumann
Herr Helmut Schütz

Entschuldigt fehlen:

Herr Otto Kotke jun. (Stadtverordneter)
Herr Dominik Runge (Stadtverordneter)

Schriftführer:

Weitzel, Bernd Verw.Fachwirt

/ Die Anwesenheitsliste wird Bestandteil des Original-Protokolls.

Tagesordnung:

TOP Einwohnerfragestunde

1 Eröffnung und Begrüßung

2 Fragestunde

TOP **Beschlüsse**

3 Haushaltssatzung 2016 und Investitionsprogramm 2015 bis 2019 (1. Lesung)
Vorlage: FB1/2015/0125

4 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2016
Vorlage: FB5/2015/0054

5 Wirtschaftsplan 2016 - Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"
Vorlage: Dul/2015/0051

6 Feststellung des Jahresabschlusses 2014 und Beschlussfassung über die

Behandlung des Jahresergebnisses 2014 der Stadtwerke Stadtallendorf
Vorlage: FB5/2015/0055

7 Abschluss eines Wegenutzungsvertrages für öffentliche Energieversorgungsanlagen der öffentlichen Energieversorgung
Vorlage: FB1/2015/0116

8 Neuausrichtung des Betriebs der Stadthalle
Vorlage: FB1/2015/0126

9 Erstmalsiger Beschluss einer Festplatzsatzung
Vorlage: FB4/2015/0112

10 Herrichtung des Wandererparkplatzes am Herrenwald;
Antrag gemäß § 14 GO vom 06.03.2015 (CDU/2015/0002)
Vorlage: FB4/2015/0114

TOP Anträge gem. § 14 GO

11 Flüchtlinge integrieren - Bürger(innen) einbeziehen; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.11.2015 (eingegangen am 24.11.2015)
Vorlage: GRÜ/2015/0004

TOP Anfragen gem. § 23 b GO

12 Sozialer Wohnungsbau; Anfrage gem. § 23 b der GO der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vom 19.10.2015 (eingegangen am 19.10.2015)
Antrag: 23b/0399/2015

13 Personalaufwendungen und Personalversorgungsaufwendungen; Anfrage gem. § 23 b der GO der CDU-Fraktion vom 19.11.2015 (eingegangen am 19.11.2015)
Antrag: 23b/0405/2015

TOP Kenntnisnahmen

14 Urnenrasengräber; Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 07.09.2015
Vorlage: FB4/2015/0100

15 Mitteilungen

16 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

TOP Einwohnerfragestunde

Es liegt eine Einwohnerfrage vor, die Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet (die schriftliche Antwort wird nachgereicht, da die Mitteilung des hessischen Ministeriums der Finanzen erst kurz vor Sitzungsbeginn eingegangen ist).

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub eröffnet die 40. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt die anwesenden Damen und Herren

Stadtverordnete, die Mitglieder des Magistrats mit Herrn Bürgermeister Somogyi, die Vertreter der Verwaltung und den der Presse. Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub stellt die form- und fristgerechte Einladung (mit verkürzter Ladungsfrist aufgrund der postalischen Zustellproblematik, für die sie sich bei den Damen und Herren Stadtverordneten entschuldigt) zur heutigen Sitzung fest; Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Herr Bürgermeister Somogyi nimmt die Vorlage „Erstmaliger Beschluss einer Festplatzsatzung“ (TOP 9) von der heutigen Tagesordnung.

Nachträgliche Glückwünsche zu ihren Geburtstagen überbringt Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub Herrn StV. Rhein und Herrn Bürgermeister Somogyi. Zudem freut sie sich auf die nunmehr barrierefreie Ausstattung des Sitzungssaales mit einem höhenverstellbaren Rednerpult, das von allen Fraktionen begrüßt wird.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub gedenkt der Opfer der Terroranschläge in Paris am 13. November 2015 und bittet alle, sich zu einer Schweigeminute zu erheben.

TOP 2 Fragestunde

Anfragen gemäß § 23 a GO liegen nicht vor.

TOP Beschlüsse

**TOP 3 Haushaltssatzung 2016 und Investitionsprogramm 2015 bis 2019 (1. Lesung)
Vorlage: FB1/2015/0125**

Die Tagesordnungspunkte 3 - 5 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam behandelt; Herr Bürgermeister Somogyi bringt die Haushaltssatzung 2016 mit ihren Anlagen sowie die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe „Dienstleistungen und Immobilien“ und „Stadtwerke“ in die parlamentarische Beratung ein (die Haushaltsrede ist Bestandteil des Originalprotokolls).

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt.

**TOP 4 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2016
Vorlage: FB5/2015/0054**

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt.

**TOP 5 Wirtschaftsplan 2016 - Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"
Vorlage: Dul/2015/0051**

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt.

**TOP 6 Feststellung des Jahresabschlusses 2014 und Beschlussfassung über die
Behandlung des Jahresergebnisses 2014 der Stadtwerke Stadtallendorf**

Vorlage: FB5/2015/0055

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür.

**TOP 7 Abschluss eines Wegenutzungsvertrages für öffentliche Energieversorgungsanlagen der öffentlichen Energieversorgung
Vorlage: FB1/2015/0116**

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür.

**TOP 8 Neuausrichtung des Betriebs der Stadthalle
Vorlage: FB1/2015/0126**

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür.

**TOP 9 Erstmalsiger Beschluss einer Festplatzsatzung
Vorlage: FB4/2015/0112**

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt.

**TOP 10 Herrichtung des Wandererparkplatzes am Herrenwald;
Antrag gemäß § 14 GO vom 06.03.2015 (CDU/2015/0002)
Vorlage: FB4/2015/0114**

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür.

TOP Anträge gem. § 14 GO

**TOP 11 Flüchtlinge integrieren - Bürger(innen) einbeziehen; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.11.2015 (eingegangen am 24.11.2015)
Vorlage: GRÜ/2015/0004**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub weist auf den geänderten Ursprungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hin und eine gemeinsame Resolution der Fraktionen CDU, SPD, FDP und REP. An der teilweise emotionalen Grundsatzdebatte beteiligen sich die Herren StV. Goetz (GRÜ), Hesse (SPD), Koch (FDP), Schneider (CDU) und Thierau (REP).

Zunächst wird über den Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN abgestimmt:

Antragstext:

- l) Die Stadtverordnetenversammlung gibt nachfolgende Erklärung ab:
- 1) Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge nunmehr in die Hessenkaserne verlegt wird und die in der Einrichtung lebenden Menschen somit feste und akzeptable Unterkünfte erhalten.
 - 2) Die Stadtverordnetenversammlung dankt der Bundeswehr für die

Bereitschaft, Teile der Hessenkaserne für diesen Zweck zu überlassen.

- 3) Wir bitten die Bundeswehr sowie das Land Hessen bei der Planung der Erstaufnahmeeinrichtung die Interessen der Stadtallendorferinnen und Stadtallendorfer angemessen zu berücksichtigen. Der ungehinderte Zugang zum Wald muss für alle erhalten bleiben.
 - 4) Die Erstaufnahmeeinrichtung ist sehr abseits im Wald gelegen. Es darf dort kein Ghetto entstehen. Vorurteilen und Ängsten begegnet man am besten mit Offenheit und Transparenz. Deshalb sollten Stadt und Einrichtung vielseitig miteinander verbunden werden. Übermäßige Einzäunungen sollten vermieden werden.
 - 5) Die in der Einrichtung lebenden Menschen sollten den bestmöglichen Zugang zur Stadt erhalten. Die vorhandenen Straßen (Artilleriestr., General-Nehring-Str.) sollten weiterhin für alle und auch für die Flüchtlinge nutzbar sein. Dabei ist uns klar, dass Menschen immer den kürzesten Weg zu ihren Zielen wählen. Es ist somit nicht auszuschließen, dass die Bewohner der Einrichtung auch den Waldweg in Richtung Schmiedeweg nutzen werden. Ein besserer Ausbau des Waldweges wäre auch ein Gewinn für alle Stadtallendorfer.
 - 6) In der Erstaufnahmeeinrichtung sollen bis zu 1.200 Menschen vorübergehend leben. Diese Menschen sollen laut der aktuellen Planung des Landes einen weiten Umweg in Richtung Stadtmitte über die Scharnhorststraße gehen. Dort sind mehrere Gewerbebetriebe mit regem Autoverkehr ansässig. Ist dort tatsächlich mehr Verkehrssicherheit gegeben als in der Artilleriestraße? Unabdingbar ist eine vernünftige Anbindung an den Stadtbusverkehr. Der Stadtbus muss die Einrichtung direkt anfahren. Entsprechend muss der Fahrplan verändert und ausgeweitet werden. Hiervon hätten auch die Bürger(innen) einen Gewinn.
 - 7) Die Flüchtlinge sind Gäste unserer Stadt. Wir wünschen uns gegenseitige Toleranz und Offenheit. Die länger hier lebenden Flüchtlinge sind unsere Mitbürger(innen). Sie bereichern unser Gemeinwesen. Allen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, dankt die Stadtverordnetenversammlung für ihre Arbeit.
- II) Der Magistrat wird beauftragt, in weiteren Verhandlungen mit den zuständigen Stellen auf oben genannte Punkte hinzuweisen und darauf hinzuwirken, entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Dabei soll er insbesondere eine Busanbindung der Einrichtung fordern.

Sich aus den einzelnen Punkten ergebende notwendige Kosten sind durch das Land Hessen oder die verantwortlichen Stellen zu tragen. Für die Stadt darf es keine finanziellen Mehrbelastungen geben.

Abstimmungsergebnis: 4 dafür (GRÜ),
 31 dagegen (CDU, SPD, FDP, REP)

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend lässt Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub über die Resolution der Fraktionen CDU, SPD, FDP und REP abstimmen:

Antragstext:

Präambel

Das Grundrecht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention schützen Menschenrechte.

Wer für die Freiheit eintritt, versteht, dass Menschen, die unter Diktaturen leider oder vom Krieg bedroht sind, den Weg in eine bessere Zukunft suchen. Die Stadtverordnetenversammlung sieht in jedem Flüchtling, der nach Deutschland und damit auch nach Stadtallendorf kommt, den Menschen. Ihm zu helfen ist unsere Verpflichtung.

Gerade deshalb ist die Aufnahmefähigkeit Deutschlands nicht zu überschreiten und die Herausforderung der Integration zu meistern.

Dumpher Abschottungspolemik und fremdenfeindlichen Ressentiments setzen wir Mitgefühl, Weltoffenheit und Toleranz entgegen. Aus diesem Grund ist das Grundgesetz als objektive Werteordnung alleinige Richtschnur für das Zusammenleben in Deutschland.

Rechtsstaatliche Prinzipien sind einzuhalten, die Außengrenzen der EU sind zu sichern und es ist deshalb klar, dass nach Asylsuchenden, Flüchtlingen oder Zuwanderern zu unterscheiden ist.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nachstehende Erklärung:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) für Flüchtlinge nunmehr in die Hessenkaserne verlegt wird und die in der Einrichtung lebenden Menschen somit witterungsunabhängige Unterkünfte erhalten.
2. Die Stadtverordnetenversammlung dankt der Bundeswehr für die Bereitschaft, Teile der Hessenkaserne für diesen Zweck zu überlassen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung ist sich bewusst, dass mit der Unterbringung in der Kaserne die EAE auch weiterhin auf einem Gelände ist, für das die Stadt Stadtallendorf weder die Verfügungsgewalt, noch die Verantwortung hat. Das Land als Verantwortlicher für den Betrieb der EAE und der Bund als Eigentümer des Geländes sind deshalb die Vertragsparteien, die miteinander die Rahmenbedingungen für den Betrieb der EAE vereinbaren müssen. Aus dieser Verantwortlichkeit und den daraus resultierenden Sachzwängen kann die Stadt Stadtallendorf beide nicht entbinden.
4. Die Stadtverordnetenversammlung weiß, dass die Stadt Stadtallendorf in den Gesprächen mit den Landes- und Bundesstellen die Interessen der Stadtallendorferinnen und Stadtallendorfer in vollem Umfang und konsequent einbringt und bittet die Bundeswehr sowie das Land Hessen, bei der Planung der Erstaufnahmeeinrichtung diese Interessen im Rahmen der Möglichkeiten angemessen insbesondere bei den Zweitunterbringungen zu berücksichtigen.
5. In der Erstaufnahmeeinrichtung sollen bis zu 1.200 Menschen leben. Für diese Menschen muss es eine angemessene verkehrliche Anbindung geben, was sicherlich unbestritten ist. Wir sind überzeugt, dass eine größere Zahl an Verbindungen zur Stadt besser ist als die Beschränkung auf eine einzige Verbindung. Gleichzeitig sollten die Menschen im Rohrborn

weiterhin einen ungehinderten Zugang zum Wald haben.
Die Bundeswehr sowie das Land Hessen werden gebeten, dies bei ihren Planungen für die Erstaufnahmeeinrichtung im Rahmen der Möglichkeiten angemessen zu berücksichtigen.

6. Wir wünschen uns gegenseitige Toleranz und Offenheit aller Menschen in Stadtallendorf und fordern alle dazu auf.
Die Flüchtlinge in der EAE sind Einwohner auf Zeit in unserer Stadt. Wir begrüßen sie offen und möchten ihnen den Aufenthalt bei uns so angenehm wie möglich machen.
Die länger hier lebenden Flüchtlinge sind unsere Mitbürger(innen), die unser Gemeinwesen bereichern. Wir wollen mit ihnen als unseren Nachbarn in gutem Einvernehmen leben.
7. Auch in Stadtallendorf wird eine offene Diskussionskultur über die Planungen der Erstaufnahmeeinrichtung und die Auswirkungen der Errichtung der Erstaufnahmeeinrichtung ausdrücklich begrüßt. In diesem Zusammenhang sind auch die Ängste der Menschen vor Zuwanderung und die weiteren Probleme, die mit der Errichtung der Erstaufnahmeeinrichtung verbunden sind, ernst zu nehmen und offen zu diskutieren.
Auf diese Ängste und Einwendungen der Menschen ist einzugehen, ohne dass diese Menschen sofort stigmatisiert werden und damit oftmals nicht mehr wagen, ihre Vorstellungen zu artikulieren.
8. Die Stadtverordnetenversammlung fordert mit Blick auf die Überforderung von Sicherheitsbehörden genauso wie von Polizeigewerkschaften dazu auf, die Anliegen dieser Behörden und Gewerkschaften ernst zu nehmen. Wir fordern, dass das Land eine ausreichende Ausstattung der Polizei und der Sicherheitskräfte gewährleistet. Das gilt besonders mit Blick auf die Aktivitäten von Salafisten im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften.
9. Die Stadtverordnetenversammlung dankt allen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, für ihre Arbeit. Ohne sie wäre das bisher geleistete nicht zu schaffen gewesen. Und ohne sie geht es auch in Zukunft nicht. Deshalb verbinden wir mit dem Dank die Bitte um weiteres Engagement.

Abstimmungsergebnis: 31 dafür (CDU, SPD, FDP, REP),
4 Enthaltungen (GRÜ)

TOP Anfragen gem. § 23 b GO

**TOP 12 Sozialer Wohnungsbau; Anfrage gem. § 23 b der GO der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vom 19.10.2015 (eingegangen am 19.10.2015)
Antrag: 23b/0399/2015**

Die für die Beantwortung dieser Anfrage erforderlichen Informationen liegen der Verwaltung leider immer noch nicht vor. Die Antwort soll nun in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Januar 2016 erfolgen, worum Herr StV. Dickhaut (GRÜ) eindringlich bittet.

TOP 13 Personalaufwendungen und Personalversorgungsaufwendungen; Anfrage gem. § 23 b der GO der CDU-Fraktion vom 19.11.2015 (eingegangen am 19.11.2015)

Antrag: 23b/0405/2015

Die Anfrage ist vom Magistrat mit Schreiben vom 2. Dezember 2015 beantwortet worden. Dafür bedankt sich Herr StV. Erber (CDU).

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

TOP Kenntnisnahmen

**TOP 14 Urnenrasengräber; Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 07.09.2015
Vorlage: FB4/2015/0100**

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP 15 Mitteilungen

Herr Bürgermeister Somogyi gibt ein Schreiben der Verwaltung mit Anlagen betr. Ergebnisse von Luftschadstoff-Immissionsmessungen im Stadtgebiet vom 20. Oktober 2015 zur Kenntnis und bedankt sich bei allen Stadtverordneten für die Zusammenarbeit im Kalenderjahr 2015. Zudem wünscht er ein besinnliches Weihnachtsfest im Kreise ihrer Familien sowie für das neue Kalenderjahr 2016 besonders Gesundheit und Frieden.

TOP 16 Verschiedenes

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub gratuliert Frau StV. Özgüven (SPD) zu ihrem Landtagsmandat, das sie am 1. Dezember 2015 übernommen hat.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beendet und den Gremienmitgliedern, die sie hoffentlich morgen Abend bei der Jahresabschlussfeier ebenfalls begrüßen kann, für die Mitarbeit dankt, allen einen guten Heimweg wünscht und ein gesegnetes Weihnachtsfest sowie alles Gute und Gesundheit für ein hoffentlich friedliches Jahr 2016.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

**Ilona Schaub
Stadtverordnetenvorsteherin**

**Bernd Weitzel
Verw. Fachwirt**